



3. Art der baulichen Nutzung
WR = 1.1.2 Reines Wohngebiet (§1 BauNVO)
WA = 1.1.3 Allgemeines Wohngebiet (§4 BauNVO)

2. Maß der baulichen Nutzung
I+U = 2.1 zulässige Zahl der Vollgeschosse
II-IV = Mindest- und Höchstgrenze
0.4 = 2.2 GRZ Grundflächenzahl
0.8 = 2.3 GZF Geschossflächenzahl

3. Bauweise, Bauformen, Baugrenze
o = 3.1 offene Bauweise
TERRASSENBAUWEISE = Terrassenbauweise
A = 3.1.1 Einzel- und Doppelhäuser zulässig

5. Flächen für den überörtlichen Verkehr
463 = 5.1 geplante Hauptverkehrsstraße
463 = 5.2 überörtliche Hauptverkehrsstraße
Anbaureihe Zone 16 m von Hauptverkehrsstraße

6. Verkehrsflächen
6.1 Straßenverkehrsflächen
P = 6.2 öffentliche Parkflächen
V = 6.3 Straßenbegrenzungslinien
Verkehrsgrünflächen

7. Flächen für Versorgungsanlagen
Wasserbehälter
Trafostation

8. Grünflächen
Spielplatz

12. Flächen für die Forstwirtschaft
Flächen für Forstwirtschaft

13. Sonstige Darstellungen und Festsetzungen
13.1 Flächen für Stellplätze und Garagen
GGA = Gemeinschaftsgaragen
GA = Garagen
LADEN = 13.2 Bewirtschaftungsbetriebe u. Läden
13.3 Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen
13.4 von jeglicher Sichtbehindernden Bebauung und Bepflanzung freizuhalten Flächen
13.5 Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung
13.6 Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes
13.7 Flurstückung
13.8 Strukturierung

Ergänzende Bebauungsvorschriften
1. Am nächsten benachbarten Gebäudeteil der Gebäude mit dem natürlich geschlossenen Gelände darf die Schotterkante zwischen Außenwand und Dachstuhl nicht mehr als 4,00 m über dem Gelände liegen und nach Fertigstellung der Außenanlagen nicht mehr als zweigeschossig in Erscheinung treten.
(Höhe Gelände - Dachkante max. 8,00 m, siehe Systemkriterien)

2. Die je zulässiger Geschosse erhöht sich bei III und IV geschossiger Bauweise, das Maß um max. 2,75 m je Geschoss.

3. Die im Bebauungsplan angegebenen Erdgeschosshöheangaben stellen lediglich Richtmaße dar. Die Höhenlage ist auf Grundlage der Höhenlage zum Wasserbecken mit 721,76 m über NN festzusetzen.

II. Öffentliche Bauvorschriften
1. Dächer und Dachaufbauten
2. Die Hauptdächer sind als Satteldächer, als einstufige Satteldächer innerhalb der zulässigen Dachneigung mit bergseitigen First und als Flächendächer nach Maßgabe der Eintragungen im Bebauungsplan auszuführen.
3. Dachaufbauten sind unzulässig. Mit der Dachfläche bündig liegende Fenster (Dachflächenfenster) bis zu 1,50 m in der Anstrichfläche sind zulässig. Die Summe der Dachflächenfenster darf jedoch die Fläche von 5 % der jeweiligen Dachflächen nicht überschreiten.
4. Die Dachneigung ist bei Satteldächern in Pfannen, Ziegeln oder Kurzweltplatten, dunkelgrünlich vorgezeichnet. Bei Flächendächern richtet sich deren Ausführung nach den konstruktiven Merkmalen; diese Dächer sind nach Möglichkeit ebenfalls in dunkler Farbe auszuführen.
5. Dachschornsteine für Dachkamine sind entsprechend der in den Systemkriterien angegebenen Mindest- und Höchstmaße auszuführen.

Garagen
1. Garagen sind wahlweise
1. in Hauptgebäude unterzubringen
2. an das Gebäude mit gemeinsamer Dachfläche anzubauen
3. auf der für Garagen ausgewiesenen Fläche zu unterbringen
4. in begründeten Sonderfällen und Ausnahmen zulässig
2. Vor den Garagen ist ein Stauraum von 5,50 m einzuhalten.
Stellplätze und Garagen dürfen parallel zu Straße erstellt werden.

III. Erläuterungen
- vorhandene Bebauung
- Flurstücknummern (Parzellenbezeichnung)
- Flurstückgrenze
- Schema Straße

IV. Nachträgliche Angaben
- anbaureihe überörtliche Verkehrsfläche
- Ortskanal vorhanden
- Ortskanal neu
- Hausanschluss, Wohnzone am Einlauf
- Dimensionierung Hausanschluss

Der Gemeinderat von Strassberg hat in seiner Sitzung vom 26. 6. 1974 beschlossen, einen Bebauungsplan im Sinne des § 30 BauN, für das Gebiet "Heutle-Lehrholde" aufzustellen.
Strassberg, den 26. 6. 1974
(Siegel) Bürgermeister

Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung des Entwurfes des Bebauungsplanes mit seiner Begründung sowie der Hinweis darauf, das Bedenken und Anregungen während der Auslegungsfrist vorgebracht werden können, wurde am 26. 6. 1974 durch Handelt in der Öffentlichkeit bekannt gemacht. Die öffentliche Auslegung des Entwurfes des Bebauungsplanes mit seiner Begründung erfolgt in der Zeit vom 26. 6. 1974 bis 26. 7. 1974.
Strassberg, den 26. 6. 1974
(Siegel) Bürgermeister

Die Gesamtheit der Einflüsse darf in Bereich von Sicht-
dreiecken (für Absehbereich) 0,50 m nicht überschreiten.
Zwischen den Grundstücken dürfen geschlossene Einfriedigungen
nicht hergestellt werden.

2. Bei Auffüllungen und Abtragungen ist auf den nat. Bticht-
Gebietes ist in Rahmen des Bauplanungsverfahrens die Vor-
lage von Geländeschnitten an den Außenfronten des Gebäudes
erforderlich.

3. Vorgärten sind nach Erstellung des Gebäudes als Ziergärten
oder Kassenflächen anzulegen und zu unterhalten.

III. Erläuterungen
- vorhandene Bebauung
- Flurstücknummern (Parzellenbezeichnung)
- Flurstückgrenze
- Schema Straße

IV. Nachträgliche Angaben
- anbaureihe überörtliche Verkehrsfläche
- Ortskanal vorhanden
- Ortskanal neu
- Hausanschluss, Wohnzone am Einlauf
- Dimensionierung Hausanschluss

Der Gemeinderat von Strassberg hat in seiner Sitzung vom 26. 6. 1974 beschlossen, einen Bebauungsplan im Sinne des § 30 BauN, für das Gebiet "Heutle-Lehrholde" aufzustellen.
Strassberg, den 26. 6. 1974
(Siegel) Bürgermeister

Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung des Entwurfes des Bebauungsplanes mit seiner Begründung sowie der Hinweis darauf, das Bedenken und Anregungen während der Auslegungsfrist vorgebracht werden können, wurde am 26. 6. 1974 durch Handelt in der Öffentlichkeit bekannt gemacht. Die öffentliche Auslegung des Entwurfes des Bebauungsplanes mit seiner Begründung erfolgt in der Zeit vom 26. 6. 1974 bis 26. 7. 1974.
Strassberg, den 26. 6. 1974
(Siegel) Bürgermeister

Dieser Bebauungsplan ist - nach Prüfung der eingegangenen Bedenken und Anregungen - vom Gemeinderat als Satzung gemäß § 10 BauN beschlossen worden.
Strassberg, den 26. 6. 1974
(Siegel) Bürgermeister

Dieser Bebauungsplan ist mit Erlaß vom 26. 6. 1974 als Satzung vom Landratsamt gem. § 11 BauN genehmigt worden.
Balingen, den 26. 6. 1974
(Siegel) Bürgermeister

Dieser Bebauungsplan ist mit Erlaß vom 26. 6. 1974 als Satzung vom Landratsamt gem. § 11 BauN genehmigt worden.
Balingen, den 26. 6. 1974
(Siegel) Bürgermeister

Dieser Bebauungsplan ist mit Erlaß vom 26. 6. 1974 als Satzung vom Landratsamt gem. § 11 BauN genehmigt worden.
Balingen, den 26. 6. 1974
(Siegel) Bürgermeister

Dieser Bebauungsplan ist mit Erlaß vom 26. 6. 1974 als Satzung vom Landratsamt gem. § 11 BauN genehmigt worden.
Balingen, den 26. 6. 1974
(Siegel) Bürgermeister

Dieser Bebauungsplan ist mit Erlaß vom 26. 6. 1974 als Satzung vom Landratsamt gem. § 11 BauN genehmigt worden.
Balingen, den 26. 6. 1974
(Siegel) Bürgermeister

Dieser Bebauungsplan ist mit Erlaß vom 26. 6. 1974 als Satzung vom Landratsamt gem. § 11 BauN genehmigt worden.
Balingen, den 26. 6. 1974
(Siegel) Bürgermeister

Dieser Bebauungsplan ist mit Erlaß vom 26. 6. 1974 als Satzung vom Landratsamt gem. § 11 BauN genehmigt worden.
Balingen, den 26. 6. 1974
(Siegel) Bürgermeister

Dieser Bebauungsplan ist mit Erlaß vom 26. 6. 1974 als Satzung vom Landratsamt gem. § 11 BauN genehmigt worden.
Balingen, den 26. 6. 1974
(Siegel) Bürgermeister

Dieser Bebauungsplan ist mit Erlaß vom 26. 6. 1974 als Satzung vom Landratsamt gem. § 11 BauN genehmigt worden.
Balingen, den 26. 6. 1974
(Siegel) Bürgermeister

Dieser Bebauungsplan ist mit Erlaß vom 26. 6. 1974 als Satzung vom Landratsamt gem. § 11 BauN genehmigt worden.
Balingen, den 26. 6. 1974
(Siegel) Bürgermeister

Dieser Bebauungsplan ist mit Erlaß vom 26. 6. 1974 als Satzung vom Landratsamt gem. § 11 BauN genehmigt worden.
Balingen, den 26. 6. 1974
(Siegel) Bürgermeister

Dieser Bebauungsplan ist mit Erlaß vom 26. 6. 1974 als Satzung vom Landratsamt gem. § 11 BauN genehmigt worden.
Balingen, den 26. 6. 1974
(Siegel) Bürgermeister